



Beschlussempfehlung

—

Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1288**

Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/1313**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1330**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 8/1336**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Lars-Jörn Zimmer

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus empfiehlt dem Landtag, den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Langfristige Sicherung kostengünstiger und stabiler Energieversorgung

Der Landtag stellt fest, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine erhebliche politische, humanitäre, soziale und wirtschaftliche Folgen auch für die Bundesrepublik Deutschland hat. Hiervon ist besonders die Wirtschaft in den neuen Bundesländern stark betroffen. Die hiesigen energieintensiven Unternehmen wurden durch stark steigende Preise für Strom, Öl und Gas im internationalen Wettbewerb geschwächt.

Der Landtag begrüßt, dass

1. die Bundesregierung mit den drei Entlastungspaketen schon im letzten Jahr umfangreiche Maßnahmen beschlossen hat, die Privathaushalten wie Unternehmen in dieser energiepolitisch schwierigen Situation erhebliche Unterstützung zukommen ließen.
2. die Bundesregierung durch konzertierte Aktionen und die deutliche Planungsbeschleunigung im Energiesektor die energetische Versorgung der Bundesrepublik Deutschland im letzten Winter sicherstellen konnte.

Der Landtag bekräftigt noch einmal seine bereits bestehenden Beschlüsse zur Sicherung einer kostengünstigen Energieversorgung und bittet die Landesregierung, sich im Bund weiterhin für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.

Zu diesen Maßnahmen zählen:

1. die Diversifizierung und verstärkte Nutzung heimischer regenerativer Energieträger wie Wind, Sonne und Biogas sowie den Ausbau von Speichermöglichkeiten zum Erhalt von niedrigen und stabilen Energiepreisen;
2. der Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur zur langfristigen Unabhängigkeit von Öl und Gas;
3. die Schaffung von mehreren Strompreiszonen in der Bundesrepublik Deutschland, wodurch die preissenkenden Effekte durch erneuerbare Energien sichtbar gemacht und weitere Anreize für den Ausbau im Süden und Westen der Bundesrepublik geschaffen werden;
4. die Senkung der Strompreissteuer auf das europäische Minimum um die Wirtschaft insgesamt zu entlasten;
5. die technologieoffene Forschung und Entwicklung von Energieträgern und Speichermöglichkeiten;
6. die weitere Planungsbeschleunigung von Baumaßnahmen im Energiesektor.“

Abstimmungsergebnis: 7 : 3 : 2

Lars-Jörn Zimmer
Ausschussvorsitz